

HSH NORDBANK

Gutachter im Zwielficht

Im Ermittlungsverfahren gegen Vorstände der HSH Nordbank wegen des Verdachts der Untreue und Bilanzfälschung gerät nun auch ein Gutachter in die Kritik. Ein Bankrechtsexperte der Anwaltssozietät Freshfields hatte 2009 untersucht, ob Vorstände der Bank „Pflichtverletzungen“ begangen haben. In dem Gutachten seien der damalige Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher und dessen Vorgänger Hans Berger auffällig geschont worden, argwöhnlichen Mitglieder des Hamburger Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „HSH Nordbank“. Womöglich habe sich Freshfields für lukrative Aufträge in der Vergangenheit erkenntlich gezeigt. Thomas Emde, Leiter der Frankfurter Freshfields-Niederlassung, hat diesen Verdacht stets zurückgewiesen. Es gebe keinen Interessenkonflikt, weil neben dem Gutachtauftrag keinerlei Mandatsverbindung der Freshfields-Filiale zur HSH bestehe. Die Hamburger Staatsanwaltschaft fand jedoch bei ihren Ermittlungen ein 27-seitiges „Memorandum“, das zwei Frankfurter Anwälte der Sozietät im März 2008 über die Absicherung von Schiffskrediten verfasst hatten. Freshfields-Anwalt Emde erklärt, das Papier zum Zeitpunkt der Mandatierung nicht gekannt zu haben. „Ich habe mein Gutachten im Auftrag des Aufsichtsrates erstattet und mich ihm allein verpflichtet gefühlt.“ Zumal er an dem früheren Mandat nicht beteiligt gewesen sei und es nur untergeordnete Bedeutung gehabt habe.



Milchkühe

EU-AGRARPOLITIK

Aus für Öko-Landbau?

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso plant anscheinend drastische Kürzungen bei den Agrarsubventionen. Ende Juni muss er seinen Haushaltsplan für die Jahre 2014 bis 2020 vorlegen. Aus Spargründen soll besonders der Bereich Landschaftspflege, Öko-Landbau und Modernisierung von Betrieben gekappt werden – obwohl diese sogenannte zweite

Säule als Grundpfeiler einer modernen Agrarpolitik gilt. Von ihr profitieren vor allem kleine und mittlere Bauernhöfe aus Süddeutschland. Die Kürzungen würden die Landwirtschaft „30 Jahre zurückwerfen“ und das „soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht“ innerhalb Europas gefährden, heißt es in einem Protestschreiben von Vertretern der Umweltstiftung WWF

GEBÄUDESANIERUNG

Mieterbund verlangt Nachbesserung

Der Deutsche Mieterbund macht Front gegen die Pläne der Bundesregierung, Mieter stärker an den Kosten der energetischen Gebäudesanierung zu beteiligen. Ins Visier genommen hat Mieterbundpräsident Franz-Georg Rips dabei erstmals die geplante Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten von Modernisierungskosten. Während öffentliche Förderungen wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm dazu führen, dass die Sanierung für den Ver-

mieter günstiger wird und mögliche Mieterhöhungen daher geringer ausfallen, profitiere von der geplanten Abschreibung nur der Vermieter, so Rips. Daher fordert er im Rahmen der von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger angestrebten Mietrechtsreform eine Änderung von Paragraph 559a des Bürgerlichen Gesetzbuches. „Die Kostenbelastung für den Vermieter wird verringert. Das muss sich bei den Mieterhöhungen zugunsten der Mieter auswirken.“



Eingerüstetes Wohnhaus

2,62 Mio.

Dollar

war es einem bisher unbekanntem Bieter auf Ebay wert, mit dem Multimilliardär Warren Buffett in New York mittagessen zu gehen.

7416

Dollar

war das höchste Gebot, das bis Freitagabend abgegeben wurde, um am 2. Juli mit WikiLeaks-Gründer Julian Assange in London essen zu gehen.